

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

100. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 25. März 2004

Tagesordnungspunkt 3:

Abgabe einer Erklärung durch den Bundeskanzler: **Deutschland 2010: Unser Weg zu neuer Stärke**

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Petra Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich grundsätzlich auf die Regierungserklärung eingehe, will ich eines klarstellen: Bundeskanzler Schröder hat über demographische Probleme gesprochen und hat sich dabei eines unglaublichen Vergleichs bedient. Er hat die Nazizeit und die DDR-Zeit gleichgesetzt.

(Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos]: Unglaublich!)

Er sprach vom Mutterkreuz im Dritten Reich und vom Abkindern in der DDR. – Ich weise das für die PDS im Bundestag zurück.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich bedaure, dass ausgerechnet ein SPD-Kanzler so geschichtslos und demagogisch daherredet.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wenn wir schon bei Wahrheiten sind: Zur Wahrheit in der Bundesrepublik im Jahr 2004 gehört, dass wir eine unerträglich hohe **Kinderarmut** haben und dass mit der Umsetzung der Agenda-Gesetze die Kinderarmut tagtäglich steigt.

Nun zur Regierungserklärung. Bundeskanzler Schröder hat seiner Regierungserklärung den schönen Titel „Deutschland 2010: Unser Weg zu neuer Stärke“ gegeben. Die Rede schließt an die Agenda 2010 an, die hier vor Jahresfrist vorgestellt wurde. Sie muss sich daher an dem messen lassen, was seither geschehen ist. Sie wissen es: Die Agenda 2010 wird vielfach als Abschied der SPD von sozialdemokratischen Urwerten wie Solidarität und Gerechtigkeit bewertet. Die PDS teilt diese Kritik grundsätzlich. Dieser Weg zu neuer Stärke führt ins Abseits.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

SPD und Grüne sagen, sie wollen den Sozialstaat retten. Aber zugleich bauen sie ihn ab. Sie sagen, Solidarität sei wichtig. Aber sie geben sie preis. Sie sagen, Gerechtigkeit sei gut. Aber sie werden immer ungerechter. Wir haben uns im vergangenen Jahr hier über die Gesundheitsreform, über die Rentenreform, über die Arbeitsmarktreform, über die Steuerreform und vieles mehr, was Rot-Grün als Agenda 2010 bezeichnet, gestritten. Alle so genannten **Reformen** sind beim Praxistest durchgefallen. Für die wirklich Betroffenen wurde nichts besser, aber vieles teurer.

Die Stärke einer Gesellschaft misst sich an den Schwachen. Das war einmal ein sozialdemokratisches Credo. Davon entfernt sich die SPD immer mehr. Heute stärken Sie die Starken und schwächen die Schwachen.

(Joseph Fischer, Bundesminister: Wie ist es in Berlin?)

„Unser Weg zu neuer Stärke“, wie Sie sagen, hat große Gewinner und viele Verlierer. So ein „Deutschland 2010“ will ich nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Dabei geht der Opposition zur Rechten – wir haben es heute wieder gehört – das ganze Abbauprogramm ja noch nicht weit genug. Ihr Militärprogramm ist ohnehin mächtiger und gewaltiger.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Sie sollten etwas zu Berlin erzählen!)

– Um auf den Zuruf des Abgeordneten Joseph Fischer einzugehen: Die rot-grüne Steuerreform hat Berlin mehr Millionen gekostet als der unsägliche Bankenskandal, den CDU und SPD verursacht haben.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Quatsch! – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na!)

Es gehört zu den Wahrheiten, die gesagt werden müssen, wenn wir über Berlin reden: Ihre Agenda macht die Bürgerinnen und Bürger der Hauptstadt arm. Das ist schlecht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Nun habe ich aufmerksam vernommen, was der neue SPD-Vorsitzende, Herr Müntefering, in seiner Antrittsrede versprochen hat. Ich fasse zusammen: Die SPD hält an ihrem Kurs fest: Schröders Sozialabbau wird fortgesetzt, Schilys Innenpolitik wurde gelobt und Strucks Bundeswehr soll noch weiter ins Ausland ziehen. Allein diese 3-S-Politik lässt einen gruseln. Noch schlimmer ist: Die neue Mitte der neuen SPD hält ihren neuen Weg auch noch für neu. Dabei ist vieles nur geklaut, nämlich bei der CDU/CSU und bei noch schlechteren Vorbildern abgeschrieben.

Vor diesem Hintergrund frage ich mich allerdings: Was soll Deutschland im **UNO-Sicherheitsrat**? Um nicht missverstanden zu werden: Ich bin sehr für eine Aufwertung der UNO. Sie war vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges eine historische Errungenschaft und sie wird immer wichtiger. Allerdings lehrt das Beispiel USA: Wirtschaftliche Größe ist kein Synonym für Recht und militärische Stärke ist kein Ersatz für Politik. Wenn also die Bundesrepublik in den UN-Sicherheitsrat strebt, dann muss sie mehr bieten als einen Anspruch. Es müssen Alternativen aufgezeigt werden. Die sind aber nicht erkennbar. Der Bundeskanzler hat auch heute keine vorgestellt.

(Joachim Poß [SPD]: Dafür machen Sie das jetzt ja die ganze Zeit! Sie haben eine unheimliche Alternative!)

Das trifft übrigens auch auf alles zu, was derzeit über das **Zuwanderungsgesetz** und Ihre nette Kungelrunde zu hören ist. Angekündigt hatte Rot-Grün ein Bürgerrecht, das Ausländer nicht länger als Lückenbüßer und Störenfriede betrachtet. Nun droht ein Abschieberecht nach bayerischem Duktus.

(Lilo Friedrich [Mettmann] [SPD]: So ein Quatsch!)

Wer in Verdacht gebracht wird, er könnte Terrorist werden, soll außer Landes entsorgt werden. Deshalb bin ich sehr gespannt, wie sich Bündnis 90/Die Grünen hier verhalten werden.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Genau so! – Joachim Poß [SPD]: Demagogie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kennen meine grundsätzliche Kritik an der zunehmenden Militarisierung der Politik. In der künftigen EU-Verfassung wurde sie sogar als Pflicht festgeschrieben.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Genau so ist es!)

Deshalb lehnt die PDS den Entwurf auch ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Aber auch hierzulande gibt es genügend Zeitzünder. Insbesondere die CDU/CSU lässt keinen Anlass aus, diese zu schärfen. Deshalb wiederhole ich noch einmal für die PDS: Es gibt keinen Grund, das Grundgesetz zu ändern und die Bundeswehr im Innern einzusetzen. Es gibt auch keinen Grund, die überholte **Wehrpflicht** durch andere Zwangsdienste zu ersetzen. Es gibt weiterhin keinen Grund, durch ein Entsendegesetz Kriegseinsätze am Bundestag vorbei zu beschleunigen. Die PDS im Bundestag lehnt dies daher ab.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS bleibt dabei: Die Agenda 2010 weist in eine falsche und für viele in eine fatale Richtung. Sie belastet Kranke, Arme und Alte über Gebühr und sie entlastet jene, die – wie es auf Sozialdemokratisch so schön heißt – „breite Schultern haben“. Die PDS setzt dem ihre „Agenda sozial“ entgegen und eine Rentenreform, die den Namen Reform auch verdient. Sie ist gerechter, weil sie allen ein würdiges Leben im Alter bietet. Sie ist solidarisch, weil sie die Lasten teilt. Sie ist modern, weil sie das Rentensystem umbaut, anstatt die Rentner zu schröpfen.

Deshalb gilt mein Schlusssatz all jenen, die sich mit dem Kurs des Kanzlers und seiner Kritiker von rechts nicht abfinden wollen. Das Beste wäre: Wir treffen uns am 3. April in Köln, Stuttgart und Berlin zu den geplanten Großdemonstrationen gegen die Entsorgung des Sozialstaates.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])